

Wir lassen uns nicht erpressen:

45 Millionen sparen auf Kosten der Bürger?

Nicht mit uns!

Die Situation der kommunalen Finanzen ist auch in Solingen gravierend, das wissen wir: 400 Millionen Euro so genannte „Altschulden“, ein Konsolidierungsvolumen von mindestens 45 Millionen Euro“, soll bis 2013 eingespart werden (aus der Haushaltsverfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 14.1.2010).

Wesentlicher Grund für diese Situation ist die **Weltwirtschafts- und Finanzkrise**, deren Kosten und Lasten durch Bund und Land, Konzerne und Banken über die Kommunen an die Masse der Menschen weitergegeben wird. Von 2010 bis 2013 kommen auf Solingen 125 Millionen Steuerverluste und gleichzeitig 22 Millionen Mehraufwendungen im Sozialbereich zu (lt. OB Feith). 900.000 Euro musste die Stadt durch 400 neue „Bedarfsgemeinschaften“ allein im letzten Jahr zusätzlich für ihren Anteil am Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ausgeben. Immer mehr der Hartz-IV-Betroffenen gehen arbeiten, erhalten aber so niedrige Löhne, dass sie zusätzlich staatliche Gelder beantragen müssen. 14.433 Bezieher von Hartz IV-Leistungen gab es alleine 2009 in Solingen.

Man kann diese Situation nicht allein den Kommunalpolitikern der „regierenden“ Solinger Parteien, der Verwaltung oder dem OB anlasten. Es ist aber auch keine schicksalhafte, unvermeidbare „Umweltkatastrophe“. Land und Bund übertragen immer mehr Aufgaben an die ohnehin schon völlig verschuldeten Kommunen (höherer Anteil an Unterkunft und Heizung ALG II, Kinderbetreuung U-3...). Von der Bundesregierung wurden hunderte Milliarden Euro staatliche Gelder an Banken und Konzerne bezahlt bzw. als Bürgschaften zur Verfügung gestellt, damit diese unbeschadet aus der Krise hervorgehen. Für die Kommunen ist dagegen angeblich „keinerlei Geld da“. Diese harte Linie wurde anlässlich der Fachtagung „Raus aus den Schulden“ am 19.2.2010 von den Vertretern der Landes- und Bundesregierung voll unterstrichen.

Die geplante Kahlschlagpolitik wird sehr negative Auswirkungen auf das Leben in Solingen haben!

Der vorgelegte „Sparkatalog“ ist eine unzumutbare Giftliste von Streichungen, Schließungen, Gebührenerhöhungen und Arbeitsplatzabbau:

- 180 Arbeitsplätze bei der Stadt sollen verschwinden!
Konsequenz: Schlechterer Bürgerservice und fehlende Arbeitsplätze für die Zukunft und damit für unsere Jugend!

- Schließung von 2 Hauptschulen
- Schließung von Vogelsang-Bad, Hallenbad Ohligs, Heidebad!
- Abriss des Stadions Hermann-Löhns-Weg und Verkauf als Bauland.
- Gleichzeitig Erhöhung der Nutzungsgebühren für Schwimm- und Sportstätten!
- Anhebung der Grundsteuer B um 20 % und damit Erhöhung der Mietnebenkosten!
- Aufhebung der Baumschutzsatzung!
- Abschaffung der Brötchentaste! Noch mehr gebührenpflichtige Parkplätze!
- Weitere Streichungen beim ÖPNV!

Man kann diese Liste endlos fortsetzen. Man findet aber keine Vorschläge, wie z. B. die Senkung der Fraktionsfinanzierung im Stadtrat oder die Abschaffung überflüssiger Geschäftsführer in den Beteiligungsgesellschaften. Im Gegenteil: Auf eine 4. Dezernentenstelle, die 200.000 € im Jahr kosten soll, will die Stadtspitze nicht verzichten!

Erpressung von Stadtrat und Bürgern!

Wenn Bürger und Stadtrat dem nicht zustimmen, wird mit einer noch schärferen Schließungsliste gedroht (Verkauf Schloss Burg, Klingenmuseum, Klinikum und Rest der Stadtwerke; Schließung Theater- und Konzerthaus, Stadtbibliothek, Botanischer Garten, Halbierung des Busverkehrs, Schließung aller Jugendhäuser, Erhöhung der Kindergartengebühren und vieles mehr).



Bereits 2006 organisierte SOLINGEN AKTIV die Proteste gegen den damaligen Sparhaushalt mit. Wir beantragten Rederecht für die Betroffenen und lehnten jegliche Streichungen auf dem Rücken der Bevölkerung ab!

Wir fordern ein Schuldenmoratorium für die Kommunen!

Selbst wenn die Stadt 45 Millionen einspart, wird sie aus den Schulden nicht herauskommen. Mit 490 Millionen € werden die Kassenkredite beziffert. Das macht alleine 7 Millionen € Zinsen jährlich (solange der Zinssatz nicht steigt, wovon aber selbst OB Feith ausgeht). Nicht zu reden von den Zinsen für die langfristigen Investitionskredite. **Ein gutes Geschäft für die Banken – eine Katastrophe für die Stadt und ihre Bürger!**

Wir werden uns dagegen wehren, dass immer mehr kommunales Kapital in Bankenkaptal umgewandelt wird – bis irgendwann gar kein Eigenkapital der Stadt mehr da ist.

Wir Bürger haben die Krise nicht verursacht!

Der Kämmerer und viele Kommunalpolitiker fordern jetzt, „die Bürger müssen auch ihren Beitrag leisten“. Die BürgerInnen haben aber diese Krise nicht verursacht! Sie zahlen vielmehr schon jetzt durch wachsende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, steigende Sozialversicherungsbeiträge die Lasten der Krise! Sie haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt! Sie leiden seit Jahren unter dem Abbau sozialer Errungenschaften, Hartz IV, Leiharbeit, sinkendem Lohnniveau, steigenden Gebühren usw.

Wir haben eine andere Logik!

Auch in Solingen ist es nicht etwa so, dass es keinerlei „funktionierende“ Bereiche mehr gäbe oder keinerlei Finanzkraft da ist. Alle profitablen Bereiche werden aber zunehmend privatisiert bzw. erwirtschaftete Gewinne an Investoren und Banken umgeleitet. So wurden die profitablen Bereiche der Stadtwerke an die MVV Energie AG privatisiert. Um deren vertraglich vereinbarte (!) Gewinnansprüche – 4,3 Millionen Euro im Jahr 2009 - zu erfüllen, mussten aus dem Solinger Haushalt 2009 sogar 1,9 Millionen Euro zum Ausgleich der so entstandenen Verluste bei den SWS zugesprochen werden!

Über Beteiligungen und Großprojekte werden Konzerne und Banken bedient:

Am neuen Rathaus verdient über 30 Jahre lang einzig der private Investor. Für das Löschwasser zahlte die Stadt jährlich pauschal 1,34 Millionen Euro an die Stadtwerke - ein Betrag der weit über den realen Kosten für das Löschwasser liegt. Damit werden die Gewinne der MVV Energie AG subventioniert.

Weiterhin werden hoch bezahlte Geschäftsführer bei den Beteiligungen der Stadt (Herr Schneider als 3. Geschäftsführer in der Beteiligungsgesellschaft und 600.000 € jährlich an Personalkosten für die Wirtschaftsförderung bei einer Handvoll Personal!) finanziert. In allen diesen Fällen greift der Regierungspräsident, der sonst rigide seine Hand auf viel geringere Ausgaben hält, nicht ein. **Diese Politik hat System!**

Besonders prangern wir die Einschränkung der politischen und demokratischen Rechte und die **Erpressung gegenüber dem Stadtrat**, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, an. So droht der Regierungspräsident in seiner Verfügung dem Rat mit Auflösung, wenn

dieser seine Anweisungen nicht befolgt (Verweis auf § 122 Absatz 1 der Gemeindeordnung NRW). **Die kommunale Selbstverwaltung läuft Gefahr, vollständig aufgelöst zu werden.**

Der neu eingeführte Bürgerhaushalt ist eine Farce.

Der „Bürgerhaushalt“ ist nicht mehr als ein Feigenblatt, mit dem die Streichungspolitik die Legitimation der Bürger erhalten soll. So erhofft man sich wohl, den gemeinsamen Protest aller Betroffenen zu verhindern, der so manchem Stadtoberen noch von 2006 in den Knochen sitzt.

Wir lassen uns weder von OB, Verwaltung und Regierungspräsident, noch von den führenden Solinger Medien unter Druck setzen, diese Kahlschlagpolitik mit zu tragen.

Die Bürgerinnen und Bürger und SOLINGEN AKTIV haben das Recht, diese Haushaltspolitik abzulehnen.

Wir laden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, mit uns die Analyse und Hintergründe des Solinger Nachtragshaushaltes, sowie geeignete Forderungen und Protestformen zu diskutieren!



**SOLINGEN
AKTIV**

**Schluss mit dem
Spardiktat auf
unsere Kosten!**

Information und Diskussion am
Samstag, 27. März 2010, 15.00 Uhr
Büro SOLINGEN AKTIV
Klemens-Horn-Str. 3

sg-aktiv.de

Und so erreichen Sie uns:

Klemens-Horn-Str. 3, 1. Stock

Bürozeiten:

Donnerstag 17.30 – 18.30 h
Freitag 14.00 – 16.00 h

Tel. 22 46 366 - E-Mail: info@sg-aktiv.de

Stadträtin:

Gabi Gärtner, Tel. 64 54 935
E-Mail: gabigaertner@t-online.de